

Kantonsrat/Kantonrätin:
(in alphabetischer Reihenfolge)

Zug, 27. Februar 2025

Martin Affentranger, ALG
Urs Andermatt, FDP
Michael Arnold, FDP
Gregor Bruhin, SVP
Philip C. Brunner, SVP
Barbara Gysel, SP
Corina Kremmel, Die Mitte
Jean-Luc Mösch, Die Mitte
Mario Reinschmidt, FDP
Reto Vogel, GLP

Per Mail an: Tobias.Moser@zg.ch

An den Kantonsratspräsidenten
Herrn Stefan Moos, Kantonsrat
c/o Staatskanzlei Kanton Zug
Seestrasse 2, Postfach
6301 Zug

Motion betreffend Beibehaltung der bestehenden Notfall-Radio-Information im bisherigen Leistungsumfang auch nach 2026 zugunsten der Zuger Bevölkerung

Motionsanliegen:

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat zeitgerecht einen Beschluss-Entwurf mit Kostenfolge vorzulegen, um das gegenwärtige Leistungsniveau der Information in ausserordentlichen Lagen gegenüber der Zuger Bevölkerung auch nach 2026 sicherzustellen.

Begründung

Die Information der Bevölkerung in ausserordentlichen Lagen ist eine Aufgabe, in welche sich Bund, Kantone und Gemeinden teilen. Sie wird durch die verschiedensten Mittel sichergestellt (Notfalltreffpunkte, Lautsprecherwagen, Informationsverbreitung durch die SRG und Lokalradios, Sirenen, «ALERTSWISS» usw.). Der Bund betreibt in diesem Zusammenhang ein Notfallradio unter der früheren Bezeichnung UKW77, heute IBBK (Information der Bevölkerung durch den Bund in Krisenzeiten) genannt. Es handelt sich um ein landesweites äusserst robustes System von besonders gehärteten UKW-Sendeanlagen mit grosser Feldstärke, die längere Zeit stromunabhängig betrieben werden können und in welches bisher rund CHF 250 Mio. investiert wurden. Es ist das einzige Informationssystem, mit welchem die Bevölkerung auch in Schutzräumen, Tiefgaragen und sonstigen unterirdischen Anlagen störungsfrei erreicht werden kann. IBBK ist heute in einwandfreiem, regelmässig gewartetem Zustand und kann milizmässig betrieben werden. Das System ist im Gegensatz zu allen anderen elektronischen Alternativen (Cell Broadcast, DABplus etc.) weitgehend resistent gegen Cyber-Angriffe. UKW kann auch mit jedem handelsüblichen DABplus-Gerät empfangen werden (jedes DABplus-Gerät hat auch einen UKW-Empfangsteil, da im Ausland niemand kurz- und mittelfristig von einem völligen Verzicht auf UKW ausgeht).

Trotz dieser technisch unbestrittenen Fakten hat das VBS beschlossen, IBBK nur noch bis Ende 2026 zu betreiben und danach zurückzubauen, im Klartext: abzuschaffen und zu zerstören. Argumentiert wird mit den Kosten von jährlich rund CHF 35 Mio. Vergleichbare Alternativen gibt es, wie oben dargestellt, keine. Zudem müssten diese mit entsprechenden, nicht bezifferbaren Kosten teilweise erst aufgebaut werden. Argumentiert wird mit Erfahrungen aus der Ukraine, wo

die Bevölkerung sich jeweils bei Luftangriffen (Drohnen, Marschflugkörper etc.) nur kurz in Schutzräume begeben. Angesichts einer kritischen Situation mit den vier aktiven Kernkraftwerken im Lande und vielen weiteren im benachbarten Ausland scheint uns dies eine etwas seltsame Argumentation.

Verschiedene Vorstösse beim VBS, wie von SR Anita Fetz (17.4202) und zuletzt die Antwort auf die Anfrage von Nationalrat Thomas Aeschi/ZG in der Fragestunde des Nationalrats in der Dezember-Session 2024, zeigten, dass das VBS leider nicht gewillt ist, seine Position zu überdenken.

Fakt ist somit, dass sich ab 1.1.2027 die Möglichkeit, die Zuger Bevölkerung im bisherigen Leistungsumfang in ausserordentlichen Lagen umfassend und sicher auch bei einem Aufenthalt in Schutzräumen zu informieren, massiv verschlechtern wird. Angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage ist dies ein unhaltbarer Zustand.

Wir erwarten eine umfassende Prüfung aller möglichen Varianten, welche die Abschaltung des Systems IBBK kompensieren könnten. Vorstellbar sind verschiedenste Lösungen:

- Einrichtung und Betrieb eines Notradio-UKW-Senders am Standort Hochwacht;
- Übernahme des IBBK-Teils des für die Versorgung des Kantons Zug relevanten Notsenders Rigi vom Bund;
- Spezielle Verträge mit den regionalen Lokalsendern, die gegen Entgelt entsprechend UKW-Notradio-ertüchtigt werden könnten.;
- Kontakte mit den Nachbarkantonen zwecks Erarbeitung gemeinsamer Lösungen;
- Beschaffung eines kantonseigenen mobilen UKW-Senders.

Das Knowhow für Wartung und Betrieb ist im Kanton milizmässig verfügbar. Wir danken der Regierung für die positive Aufnahme unseres Anliegens und verbleiben, sehr geehrte Damen und Herren

Mit freundlichen Grüssen

Namens der zehn Motionäre:

Philip C. Brunner
Kantonsrat, Zug